



*Der Bürgermeister der Gemeinde Arriach*

## **Amtliche Mitteilung – Offener Brief des amtierenden Bürgermeisters der Gemeinde Arriach.**

Arriach im Februar 2018

### ***Sehr geehrte Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger!***

Durch die populistischen Meldungen in den Postwürfen der SPÖ-Arriach bezüglich Abbruch des ehemaligen Postamtsgebäudes, die in den letzten Wochen ausgestreut wurden, sehe ich mich veranlasst, doch ein paar sachliche Klar- und Richtigstellungen abzugeben.

Dass die FPÖ-Gemeinderatsfraktion Arriach eine mit absoluter Mehrheit regierende Partei ist, hat mit dem Ergebnis der letzten Gemeinderatswahl zu tun. Sie, liebe Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger, haben eine Wahlentscheidung getroffen und uns mit neun Gemeinderatsmandaten ausgestattet. Trotz dieser absoluten Mehrheit werden anstehende Entscheidungen nach den demokratischen Gegebenheiten im Rahmen der gesetzlichen Regeln und mit Einbindung aller Gemeindevertreter getroffen.

So wurde vom Arriacher Gemeinderat am 27. April 2017, der aus neun FPÖ-, vier SPÖ- und zwei ÖVP-Gemeinderatsmitgliedern besteht, mit 9 : 6 Stimmen beschlossen, dass das Kindergarten- und Volksschulgebäude entsprechend dem vorliegenden Vorschlag umgebaut und die Räume einer entsprechenden Nutzung zugeführt sowie die beiden Objekte Kraglerhaus, 9543 Arriach 3, und ehem. Postamtsgebäude, 9543 Arriach 2, abgebrochen werden. Die Gemeinderatsmitglieder, die sich gegen den Umbau und die Qualitätsverbesserung bzw. Barrierefreimachung im Kindergarten und in der Volksschule ausgesprochen haben, haben keinen anderen Vorschlag und Antrag (jedes Gemeinderatsmitglied kann zum Tagesordnungspunkt Abänderungs- oder selbstständige Anträge einbringen) eingebracht. Über solche Anträge hätte der Gemeinderat abstimmen müssen. Somit lag zum Zeitpunkt der Entscheidung kein anderer „ideenbefreiter – wie es die SPÖ in der Aussendung genannt hat“ Vorschlag einer Lösung für die Nutzung des ehemaligen Postamtes von den Gemeinderatsmitgliedern vor. Zeitgleich haben sich diese Gemeinderatsmitglieder gegen den hervorragend gelungenen Umbau im Volksschulgebäude, welcher eine immense Qualitätsverbesserung für unsere Kinder in der Kinder- und Bildungseinrichtung darstellt, ausgesprochen.

Bei der Auftragsvergabe der Gewerke am 11.7.2017 haben dann neben den FPÖ- unter anderem auch die beiden ÖVP-Gemeinderatsmitglieder (Fr. GR Reiner und Hr. GR i.V. Vidmar) für die Auftragsvergabe gestimmt und sich daher nachträglich für die Umsetzung des Projektes ausgesprochen.



Schon im Jahr 2008 wurde vom damaligen Bürgermeister, Altbürgermeister Karl Gerfried Müller, eine Kostenschätzung von der Firma Plantrans für den Abbruch des ehemaligen Postamtsgebäudes in der Höhe von € 45.800 vorgelegt. Damals wurde die mehrheitliche Entscheidung für eine Minimal-sanierung des ehemaligen Postamtsgebäudes in der Höhe von € 60.000 (netto) gefällt. Andere Lösungsvorschläge von Gemeinderatsmitgliedern und die Bedenken von hohen laufenden Be-

triebskosten wurden damals abgeschmettert und es wurde dahingehend argumentiert, dass eine breitgefächerte Nutzung des Gebäudes für die Gemeindebevölkerung erwartet wird.

Würde es den Mitgliedern der SPÖ-Arriach gelingen, sich aus den Fängen des Altbürgermeisters zu lösen, würde es den Gemeinderatsmitgliedern auch wieder möglich sein, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen! Dieser Eindruck zieht sich seit meiner Amtsübernahme in vielen Bereichen fort.

Zuerst wurde das ehemalige Postamtsgebäude mit einer Elektroheizung im Erdgeschoß beheizt. Später wurde mit zusätzlichen Kosten an die Fernwärme angeschlossen, da die E-Heizung wegen der hohen Kosten umgebaut werden musste. Außerdem stellte sich die Finanzierung des Fernwärmeprojektes durch den Anschluss des ehem. Postamtsgebäudes und des Kraglerhauses freundlicher dar. Die Anschluss- und jährlichen Heizkosten sind für eine Nichtnutzung der Objekte objektiv betrachtet sehr hoch und belastend für die Gemeindefinanzen.



Es ist richtig, dass die Landesstraßenverwaltung rd. einmal im Monat die angemieteten Räumlichkeiten nutzt und dafür eine monatliche Miete bezahlt. Die Miete wird aber auch zukünftig bei einem Umzug in die Räumlichkeiten der Volksschuldirektion bezahlt. Der umgebaute ehemalige Direktionsbereich wurde komplett vom Schulbereich abgegrenzt und ist nun von außen zugänglich. Entgegen der populistischen SPÖ-Berichterstattung möchte ich anführen, dass keine eigenen Sanitäreinrichtungen eingebaut wurden. Eine Fensteröffnung wurde für den Einbau der ehe-

maligen Eingangstüre vom gg. Postamtsgebäude geöffnet, weiters ein Mauerdurchbruch zum best. WC der Volksschule hergestellt und eine Trennwand in Trockenbauweise aufgestellt, damit der Kindergarten- und Schulbereich von diesen Räumen komplett abgeschlossen ist. Übrigens war der ehemalige Direktionsbereich auf Grund der baulichen Gestaltung des Objektes mit der eingebauten Liftanlage nicht barrierefrei zu erschließen. Daher ist die Lösung mit der Übersiedelung der Landesstraßenverwaltung in das Volksschulgebäude wirtschaftlich hervorragend gelöst, da die Mieteinnahmen trotzdem bestehen bleiben. Gleichzeitig steht dem Kameradschaftsbund Arriach auch noch ein Raum für die Aufbewahrung der Fahne und sonstigen Utensilien zur Verfügung. Möbel und Vieles mehr wurden vom ehemaligen Postamtsgebäude herausgenommen und damit die neuen Räume in der Volksschule eingerichtet, damit keine Geldverschwendung angelastet werden kann. Es wird unsererseits nichts verschwendet und wenn möglich auch die bereits genutzten Sachen und Gegenstände wieder verwendet.

Dass die bestehenden Räumlichkeiten im ehemaligen Postamtsgebäude von der Gemeinde Arriach als Archivräume gebraucht werden, stimmt so nicht. Die bisherigen Archive und Lagerräume gehören der Vergangenheit an. Moderne digitale Systeme stehen für die Archivierung zur Verfügung und müssen von den Gemeinden angewendet werden. Heute wird kein Gesetzblatt mehr gebunden. Hier stehen Datenbanken zur Verfügung, die die gesamte österreichische Gesetzgebung per Knopfdruck und Bedarf in wenigen Sekunden liefern. Dies setzt sich in vielen Bereichen so fort und eine wirkungsvolle Archivierung braucht auch eine immer wiederkehrende Adaptierung der Ablage.



Schon bei den im Jahr 2008 mehrheitlich beschlossenen Adaptierungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass eine Sanierung des Gebäudes mindestens € 200.000 kosten würde. Um das ehemalige Postamtsgebäude öffentlich überhaupt nutzen zu können, müssen sehr kostenintensive Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Die Nutzung als gemeindeinternes Museum oder Ausstellungsraum wird vom Land abgelehnt, da solche Einrichtungen landauf- und -ab nur Kosten für die Kommunen bedeuten. Auch in Arriach würde sich dies so entwickeln, da seit 2008 keine wirkliche wirtschaftliche Nutzung von freien Räumen in Gemeindeobjekten erfolgte.

Die Gemeinde Arriach arbeitet bei der Dorf- und Ortsentwicklung sehr intensiv mit dem Land Kärnten zusammen. Entsprechende Fachleute begleiten unsere Maßnahmen und prüfen die Möglichkeiten. Schwerpunkt wird es in Zukunft sein, dass die ländliche Struktur mit Belegung des Dorfzentrums in den Gemeinden gewahrt bleibt. In diese Richtung sind wir ganz gut unterwegs. Der Dorfplatz soll Ort der Begegnung und ein Zentrum werden. Ob eine Arrestzelle im Keller des ehemaligen Postamtsgebäudes unbedingt erhalten werden muss, damit die Erinnerung an



den Gendarmerieposten gegeben ist, lasse ich offen stehen. Wichtig ist es eher, dass das Dorfzentrum und auch die gesamte Gemeinde Arriach lebendig bleiben. Eine Lebendigkeit erfordert aber auch, dass der Mut für eine Veränderung und Erneuerung gegeben ist. Betrachten Sie, liebe GemeindebürgerInnen, ganz neutral und emotionslos unseren Ort. Wie wird die Nutzung in zehn Jahren im jetzigen Gemeindeamt, evangelischen Gemeindehaus, evangelischen Pfarrhaus, Kaufhaus Scherzer, Anwesen Ofner Heinz, ehemaligen Postamtsgebäude, Kindergarten- und Volksschulgebäude aussehen? Wäre es nicht sinnvoll, heute den Grundstein zu legen, damit die nächste Generation nicht vor menschenleeren und wirtschaftlichen Ruinen steht, sondern Bedingungen vorfindet, auf denen sie weiter aufbauen kann. Auch viele andere Orte und Gemeinden in Kärnten verändern sich.

Viele Fachleute und Architekten haben zum Beispiel das ehemalige Postamt angesehen und eine weitere Nutzung, ob Gemeindeamt, Arztordination, sonstige Büroräumlichkeiten, Vereinsräume, oder sonstige öffentliche Wertschöpfung geprüft. Keiner konnte eine annähernde Lösung oder einen effektiven Vorschlag machen. Letztlich zeigen auch die letzten Jahre, dass eine wirtschaftliche Wertschöpfung im ehemaligen Postamtsgebäude nie gegeben war und ist.

In der Gemeinderatssitzung am 15. Juli 2008 hat das damalige ÖVP-Gemeindevorstandsmitglied Walter Unterköfler festgestellt und richtig erkannt, dass die damalige Lösung mit der geringstmöglichen Sanierung als eine 10 bis 15-jährige Maßnahme zu sehen ist. Danach kann die Gemeinde noch immer entscheiden, was mit dem Gebäude geschieht und eventuell andere Ausweichmöglichkeiten finden. Am 27. April 2017 hat der Gemeinderat mehrheitlich entschieden und eine andere Lösung gefunden.

Der Vorwurf, dass ich als Bürgermeister die Gemeinderatsmitglieder der beiden anderen Fraktionen nicht einbinde und diese vor vollendete Tatsachen stelle, ist schon deshalb eine absolute Falschinformation, da die Entscheidung im zuständigen Gemeindegremium im Beisein aller Gemeinderatsfraktionen erfolgte. Dass bei einer Entscheidungsfindung auch gegenteilige Meinungen auftreten können und anderslautende mehrheitliche Beschlüsse fallen, ist gelebte Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Bürgermeister:




**PS.: Die Fotos sollen nur einen kleinen Überblick über den Bauzustand des Gebäudes geben. Eine schmale Holzstiege ist z.B. nicht behindertengerecht und in einem öffentlichen Gebäude nicht zugelassen.**